

Bote
11.01.17

Bürgerinitiative Gegenwind Flörsbachtal Neue Vorrangflächen ausgewiesen

Flörsbachtal. In der Regionalversammlung am 16. Dezember wurde über den neuen Teilplan Erneuerbare Energien Südhessen entschieden.

Besonders in Flörsbachtal wurden durch das Regierungspräsidium in Darmstadt zahlreiche neue Vorrangflächen ausgewiesen. In Kempfenbrunn und Moshorn sind zum Beispiel über 250 Hektar neu dazugekommen. Konkret bedeutet das, dass rund um die Gemeinde Flörsbachtal 60 Prozent des Waldes der Gemeinde künftig mit Windkraftanlagen bebaut werden könnten und somit aus jedem Ortsteil von Flörsbachtal heraus sichtbar für die Bewohner.

Diese Flächen wurden trotz naturschutzrechtlicher Einwände, wie dem Vorkommen der Mopsfledermaus, des Rotmilan und des Schwarzstorches mit ihren jeweils umfangreichen Schutzrädern und der Lage in Trinkwasserschutzgebieten ausgewiesen.

Nach derzeitigem Erkenntnisstand im Genehmigungsverfahren Roskopf verbleibt kein einziges Windrad auf Flörsbachtaler Gemeindefläche. Dies bedeutet, keinerlei Einnahmen aus der Verpachtung von Gemeindeflächen. Es verblieben im Falle einer Genehmigung der Jossgrunder Anlagen lediglich die Nachteile der Naturzerstörung und damit würde der Gemeinde Flörsbachtal jegliche Chance zur touristischen Entwicklung verbaut.

Dies alles trotz folgender, der Politik wohlbekannter Fakten:

Trotz eines massiven Zubaus an Windkraft von 2015 bis 2016 von fast 5000 Megawattstunden ist mit den Windrädern 2016 im Vergleich zu 2015 7.000 Megawattstunden weniger Strom erzeugt worden. (1 Megawattstunde entspricht 1000 Kilowatt/h)

Seit Beginn der Energiewende ist nach Aussage des Wirtschaftsrates der Bundesregierung der CO₂ Ausstoß aus fossilen Brennstoffen nicht reduziert worden.

Alleine vom 24. bis 26. Dezember mussten wir als die nicht

von der EEG Umlage befreiten Verbraucher knapp 20 Millionen Euro für die Entsorgung von Windstrom bezahlen.

Der Aufwand der Netzbetreiber zur Stabilisierung des überlasteten Stromnetzes stieg in 2015 deutlich an. Die wachsende Zahl an Netzeingriffen wird zu einem immer größeren Kostenfaktor. 2015 kosteten sie bereits mehr als eine Milliarde Euro, was auch zusätzlich wieder auf der Stromrechnung der Verbraucher landete. Das ist eine Verdoppelung in nur einem Jahr. Dieser Trend wird sich in den nächsten Jahren auch auf der Stromrechnung der Verbraucher fortsetzen.

Diese über die Stromrechnung kreierten Subventionsmilliarden landen ausschließlich in den Taschen weniger Profiteure und dienen nicht der Rettung des Weltklimas.

Auch im Main Kinzig Kreis werden durch eine Tochtergesellschaft der Kreiswerke Verluste durch Windkraftanlagen produziert. In einem guten Windjahr (2015) waren es 364.000 Euro Verlust, gemäß Bilanz. Da die Kreiswerke diesen Verlust ausgleichen müssen reduziert sich damit auch deren Gewinn. Reduzierter Gewinn der Kreiswerke bedeutet weniger Geld für den Landkreis Main Kinzig und damit letztendlich auch weniger Geld für die Gemeinden. Also zahlen alle für diese politisch gewollten wirtschaftlichen Fehlentscheidungen.

Die Kompetenz der Politik erschöpft sich darin, dem Bürger zu erklären, man könne mit Gefriertrohren und Elektroautos Strom speichern. Dies zeigt einmal mehr die Unsinnigkeit der Energiewende.

Schon vor 10 Jahren klammheimlich vorbereitet, indem der Naturschutz im Naturpark Spessart aufgehoben wurde, soll mit allen Mitteln ein rein politisches Ziel durchgesetzt werden. So soll nun klammheimlich, ohne Beteiligung der Öffentlichkeit das im Naturschutzgesetz definierte Tötungsverbot gefährdeter

Tierarten abgeschafft werden. Damit wird eine weitere Hürde für den ungebremsten Windkraftausbau beseitigt. Eine neue Gesetzesnovelle sieht eine Beschränkung von Klagenmöglichkeiten für Naturschutzverbände vor. Und als neuestes Mittel der Rechtsbeugung wird die Kompetenz der genehmigenden Fachbehörden (Obere Naturschutzbehörde usw.) eingeschränkt, indem man durch ein gesetzlich nicht legitimes Aufsichtsgremium, als Clearingstelle des Umweltministeriums ins Leben gerufen, unzulässig politischen Druck auf die Entscheidungsträger im Genehmigungsverfahren ausübt. Vor diesem Gremium, unter den Augen der Anwälte der Antragsteller, werden die Beamten einem öffentlichen Rechtfertigungsdruck ihrer Entscheidungen ausgesetzt. Im Mittelalter als Inquisition bekannt, scheinen diese Methoden heute in der Politik wieder begeisterte Anhänger zu finden.

Bisher hat unsere Öffentlichkeitsarbeit als Bürgerinitiative dazu geführt, dass gravierende Fehler in den Genehmigungsunterlagen aufgedeckt wurden und erhebliche Nacharbeiten der Genehmigungsunterlagen erforderlich wurden, bis hin zum flächendeckenden Nachweis der Mopsfledermaus im Planungsgebiet am Roskopf durch die Gutachter von Inwi. Nach den zurzeit geltenden Richtlinien dürfte es keine andere Entscheidung als die Ablehnung der geplanten Windräder durch das Regierungspräsidium in Darmstadt geben.

Auch für die neu ausgewiesenen Vorrangflächen werden wir, gemeinsam mit unseren Gutachtern den Nachweis führen, dass aufgrund des Artenschutzes und des Trinkwasserschutzes kein Windrad in diesen Flächen genehmigungsfähig sein wird.

Wir sind dankbar für Unterstützung jeglicher Art. Weitere Informationen darüber, wie Sie uns unterstützen können finden Sie auf unserer Internetseite unter www.gegenwind-florsbachtal.de